

# Landeshauptstadt Magdeburg

## Stellungnahme der Verwaltung öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
BOB	S0395/21	29.09.2021
zum/zur		
<b>A0161/21 Fraktion FDP/Tierschutzpartei</b>		
Bezeichnung		
Aufwertung des Gedenkkalenders der Landeshauptstadt Magdeburg		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		12.10.2021
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport		19.10.2021
Verwaltungsausschuss		26.11.2021
Stadtrat		27.01.2022

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass Veranstaltungen aus dem Gedenkkalender der Landeshauptstadt durch Schülerprojekte begleitet und ins Bild gesetzt werden.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Im Gedenkkalender der Landeshauptstadt Magdeburg sind die wichtigen Gedenktage für die Landeshauptstadt Magdeburg verankert.

Ein Gedenkkalender unterscheidet sich grundsätzlich von einem aktuellen Veranstaltungskalender. Der Gedenkkalender enthält Geschichtsdaten von Ereignissen, an die die Gesellschaft erinnert.

Diese können im konkreten Fall noch erläuternd mit Links hinterlegt werden. Hier sind die Zuarbeiten der jeweiligen Organisatoren vonnöten.

Ein Beispiel hierfür ist das Gedenken an die Opfer des Magdeburger Frauen-KZs, welches jährlich im Juni am Tor des ehemaligen Frauen-KZ in der Karl-Liebknecht-Straße stattfindet.

Die Vielfalt von Veranstaltungen verschiedenster Organisatoren zu einem aktuellen Anlass ist jedoch nur durch einen Veranstaltungskalender zu bedienen. Zu diesem haben in Magdeburg alle Veranstalterinnen und Veranstalter Zugang.

Auf der Internetseite [Aktionen \(magdeburg.de\)](https://www.magdeburg.de/aktionen) wird darauf hingewiesen, dass bei **allen Gedenkveranstaltungen die jeweils aktuellen Einladungen und Veröffentlichungen in den Medien zu beachten sind.**

Ein zusätzlicher Link zum Veranstaltungskalender der Landeshauptstadt Magdeburg wird mit aufgenommen. Ebenso ist es angedacht, künftig die Veranstalter mit anzugeben und zu deren offiziellen Internetseiten einen Link zu setzen.

Einer Beschlussfassung im Stadtrat steht nichts im Wege.

Dr. Trümper